



NEWSLETTER 01/2023

# FORUM | MIGRATION



© stylephotographs - 123rf.com

## Make Amazon pay

**Amazon verspricht am „Black Friday“ weltweit Rabatte – Gewerkschaften fordern ein Ende der Ausbeutung. Die Internationale Dienstleistungsgewerkschaft UNI Global Union, der auch ver.di angehört, rief zum Streik an den Standorten des Online-Händlers, der viele Migrant\_innen beschäftigt.**

An den Aktivitäten unter dem Motto „Make Amazon Pay“ beteiligten sich Beschäftigte unter anderem in den USA, Bangladesch, Spanien, Indien, Frankreich, Italien, Großbritannien und Deutschland. „ver.di unterstützt den weltweiten Aktionstag. Amazon muss zur Kasse gebeten werden“, sagte Orhan Akman, Fachgruppenleiter für den Einzel- und Versandhandel bei ver.di. Es müsse Schluss sein mit Steuervermeidung und Tariflosigkeit. Unter anderem in den Versandzentren Rheinberg, Koblenz und Graben bei Augsburg legten Beschäftigte deshalb die Arbeit nieder. Für die Aktionstage „Black Friday“ (26. November) und „Cyber Monday“ (29. November) erwartete der Handelsverband Deutschland einen Gesamtumsatz von rund 4,9 Milliarden Euro, ein knappes Drittel mehr als im Vorjahr.

„Es ist absehbar, dass der Löwenanteil der durch die Aktionstage generierten Umsätze auch dieses Mal wieder auf Amazon und wenige andere Großkonzerne entfallen wird“, erklärt Akman. „Auf der Strecke bleiben kleinere Unternehmen, die keine Millionen-etats für Werbung und Rabattschlachten aufbringen können.“ Amazon verschärfe durch seine Preiskriege den Verdrängungs- und Vernichtungswettbewerb in der Branche auch in Deutschland. Ausbaden müssten das die Beschäftigten, so Akman. „Amazon finanziert seine aggressive Strategie durch Dumpinglöhne und Steuervermeidung. Damit bezahlen die Kolleginnen und Kollegen und letztlich auch die gesamte Gesellschaft die Milliardenprofite dieses US-Giganten mit.“ Nach wie vor weigere sich Amazon, mit der Gewerkschaft über die Anerkennung der Flächentarifverträge des Einzel- und Versandhandels sowie einen Tarifvertrag für Gute und Gesunde Arbeit zu verhandeln. „Das zeigt, dass der Konzern – anders als in Werbespots präsentiert – den Kolleginnen und Kollegen keine Wertschätzung entgegenbringt, sondern sie lediglich als Kostenfaktoren ansieht“, so Akman.

 Amazon-Kampagnenseite ver.di: <https://bit.ly/3FwxsSP>

### INHALT 01/2023

Make Amazon pay .....	1
Ampel: Paketweise neue Migrationsgesetze .....	2
EU-Offensive gegen Mittelmeer-Migration .....	2
Faire Verteilung .....	2
News + Termine .....	3
Täter zur Verantwortung ziehen – Kommentar von Felix Weiß, Sea Watch e.V. ....	4



# Ampel: Paketweise neue Migrationsgesetze

**Das erste Jahr geschah wenig, zuletzt aber ging es Schlag auf Schlag: Mit einer ganzen Serie von Gesetzespaketen arbeitet die Ampel-Koalition ihre Vorhaben im Migrationsbereich ab.**

Zu den wichtigsten Neuerungen, die der Bundestag im Dezember beschloss gehören dabei das „Chancen-Aufenthaltsrecht“ und das Gesetz zur Beschleunigung von Asylverfahren und -klagen. Ersteres bietet Ausländer\_innen, die Anfang Januar seit fünf Jahren in Deutschland geduldet sind, das Recht auf ein 18-monatiges Aufenthaltsrecht zur Erfüllung der Vorgaben für einen regulären Aufenthalt. Dies beende den unwürdigen Zustand der Kettenduldungen und sei „ein Gesetz des gesunden Menschenverstands“, sagte der SPD-Abgeordnete Helge Lindh. Im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens hatte auch der DGB auf die problematische Situation von

Geduldeten hingewiesen. Das Gesetz sei grundsätzlich zu begrüßen, so der DGB. Kritikwürdig sei indes vor allem die Stichtagsregelung, denn die Kettenduldungen werde mit den vorgeschlagenen Regelungen so nicht abgeschafft. Weiterhin plant die Ampel eine Reform des Staatsbürgerschaftsrechts. Einbürgerungen sollen unter bestimmten Voraussetzungen vereinfacht werden. Die Gewerkschaft ver.di begrüßte die geplante Reform. „Es ist richtig, wenn Menschen, die seit Jahren hier leben, arbeiten und wirtschaften, der Zugang zur deutschen Staatsbürgerschaft erleichtert wird“, sagte ver.di-Chef Frank Werneke. Künftig soll es bereits nach fünf Jahren, statt wie bisher nach acht Jahren Aufenthalt, die Möglichkeit geben, die deutsche Staatsbürgerschaft zu erhalten. Bei „besonderen Integrationsleistungen“ sogar schon nach drei Jahren – etwa bei besonderen schulischen oder beruflichen Leistungen oder ehrenamtlichem Engagement.

Die zum Teil populistische Kritik von Union und Teilen der FDP an diesem Vorhaben sei nicht nachvollziehbar, so Werneke weiter. „Es geht grundsätzlich um mehr Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Ich kann vor dieser Art von Spaltung nur warnen.“ Scharfe Kritik zog indes das bereits beschlossene Gesetz für schnellere Asylverfahren auf sich. Von „massiven Einschnitten in die Verfahrensrechte der Betroffenen im behördlichen und gerichtlichen Asylverfahren, in deren Verteidigungsrechte und in die Freiheit der anwaltlichen Berufsausübung“ spricht etwa der Arbeiterwohlfahrtsverband (AWO) in einer Stellungnahme. Der Verband stört sich unter anderem an den verkürzten Widerspruchsfristen und eingeschränkten Rechtsmitteln gegen Urteile.

 „Koalitionstracker“ Asyl und Migration der NGO  
„Frag den Staat“: <https://bit.ly/3UFajsu>

# EU-Offensive gegen Mittelmeer-Migration

**Seit 2020 ist der Migrationspakt der EU blockiert. Das von der Kommission vorgeschlagene Regelwerk findet keine Zustimmung unter allen Mitgliedstaaten. Deshalb präsentierte die EU-Kommission jetzt einen „Aktionsplan“ für „schnelle erste Schritte gegen illegale Migration“.**

Die Kommission begründete dessen Notwendigkeit mit einem Anstieg der Ankünfte über die zentrale Mittelmeer-Route – also von Libyen/Tunesien nach Italien/Malta – um über 50 Prozent. Betrachtet man jedoch die Ankünfte im gesamten Mittelmeer, also inklusive der Ägäis und Marokko/Spanien, so stieg die Zahl der Ankünfte in diesem Jahr kaum an: 145.053 Menschen registrierte die UN bis zum 4. Dezember, gegenüber 137.665 im Vorjahr. So oder so: Nach dem Willen der Kommission sollen es weniger werden. Sie will deshalb die Zusammenarbeit mit Partnerländern beim „Grenz-

und Migrationsmanagement“ verbessern. Vor allem Tunesien, Ägypten und Libyen sollen Flüchtlinge und Migrant\_innen noch stärker als bisher an der Abreise hindern. Bei der Rettung von Migrant\_innen auf dem Mittelmeer soll ein „besser koordinierter Ansatz“ her. Was das genau bedeutet, ließ die Kommission offen. Vor allem Italien will Gerettete möglichst nicht mehr an Land lassen und drängt darauf, dass Rettungsschiffe nach Einsätzen direkt in andere Länder weiterfahren. Auch deshalb will die Kommission den im Juni vereinbarten Solidaritätsmechanismus anwenden, um durch Umverteilung von Migrant\_innen Druck von den Mittelmeer-Anrainerstaaten zu nehmen. Das Problem: Der von Deutschland mit ausgehandelte Mechanismus sieht die freiwillige Aufnahme von insgesamt etwa 12.500 Geretteten innerhalb eines Jahres vor. Die Frist endet schon im kommenden Juni, die Größenordnung wird Länder wie Italien kaum spürbar

entlasten. Derweil scheiterte die EU-Kommission mit einem Vorschlag zur Verschärfung des Asylrechts: Die so genannte Instrumentalisierungsverordnung wurde von einer Reihe von Mitgliedsstaaten, angeführt von Deutschland, abgelehnt. Ihr Kerngedanke: Wenn Flüchtlinge benutzt werden, um einem EU-Staat zu schaden, sollte der sich nicht mehr an das Asylrecht halten müssen. Unter anderem sollte er mehrere Wochen bis zur Annahme von Asylanträgen warten und Migrant\_innen fünf Monate ohne Asylverfahren inhaftieren dürfen. Der europäische Flüchtlingsrat hatte die Verordnung den „schlechtesten in einer Reihe von schlechten Gesetzesvorschlägen der Europäischen Kommission“ genannt.

 Zur Lage auf dem Mittelmeer siehe den Kommentar auf Seite 4  
 Zur Instrumentalisierungs-VO Interview mit Josephine Liebl von ECRE: <https://bit.ly/3VFIAXX>

# Faire Verteilung

**Ukrainer\_innen in den 16 Bundesländern im Verhältnis zur Aufnahmeverpflichtung. Obwohl es anders als bei anderen Herkunftsländern keine vollständige Wohnortzuweisung geben konnte, verteilen sich die Ukrainer\_innen heute gleichmäßig auf die Länder. (gesamt 1.020.494)**

- = Verteilungsquoten für Erstverteilung von Asylbegehrenden lt. EASY
- = im Bundesland lebende Ukrainer\_innen lt. Ausländerzentralregister, Stand Nov. 2022, ohne unbekanntes Fortzüge
- = Anteil Prozent Ukrainer\_innen in diesem Bundesland

NW	21,07 %	218.648	21,43 %	SH	3,40 %	30.127	2,95 %
BY	15,56 %	148.834	14,58 %	BB	3,02 %	30.092	2,95 %
BW	13,04 %	131.000	12,84 %	ST	2,69 %	28.859	2,83 %
NI	9,39 %	108.874	10,67 %	TH	2,63 %	26.610	2,61 %
HE	7,43 %	79.926	7,83 %	HH	2,63 %	28.188	2,76 %
RP	4,81 %	43.838	4,30 %	MV	1,98 %	21.672	2,12 %
SN	4,92 %	49.289	4,83 %	SL	1,19 %	12.589	1,23 %
BE	5,18 %	51.198	5,02 %	HB	0,95 %	10.750	1,05 %



## News + Termine

### SVR: Neue Studie zu Migrant\_innenorganisationen

Bis zu 14.300 formalisierte Migrant\_innenorganisationen gibt es in Deutschland. Viele von ihnen haben sich inzwischen zu größeren Verbänden zusammengeschlossen. Seit gut zehn Jahren wird der Aufbau von Migrant\_innen-Dachverbänden auch staatlicherseits vermehrt gefördert. „Es gibt in der Politik den Wunsch, ein übergeordnetes Verbändefeld zu schaffen“, sagt Jan Schneider, Leiter des wissenschaftlichen Stabs des Sachverständigenrats Migration. Der geht in einem Forschungsprojekt der Frage nach, wie die wechselseitigen Erwartungen von Politik und Migrant\_innen-Dachverbänden bei der Gestaltung der Integrationspolitik zueinanderpassen. Unter anderem hätten die Verbände mit einem gemeinsamen Entwurf für ein Bundespartizipationsgesetz politischen Gestaltungswillen bewiesen – der Vorschlag wurde im Koalitionsvertrag aufgegriffen, so der SVR. Inzwischen hätten sich die Erwartungen an Migrant\_innenorganisationen und ihre Dachverbände vielfach erfüllt. Besonders bei der zielgruppenspezifischen Versorgung und Ansprache von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte haben sie sich etwa aufgrund von Sprachkenntnissen sowie einer hohen interkulturellen Sensibilität bewährt. „Während der Corona-Pandemie haben Migrantendachverbände wertvolle Unterstützung bei der Verbreitung von Informationen über Infektionsschutzmaßnahmen geleistet“, so der SVR.

SVR-Studie: <https://bit.ly/3P5ef5q>

### MIDEM-Jahresstudie: Mehrheit hält Migration für konfliktivstes Thema

Eine große Mehrheit der Europäer\_innen befürwortet die Aufnahme ukrainischer Geflüchteter. Allerdings könnte die Solidarität für die Ukraine durch die wirtschaftlichen und sozialen Folgekosten deutlich schrumpfen. Zudem erstreckt sich die Solidarität nicht auf alle Geflüchteten gleichermaßen. Zu diesen Ergebnissen kommt die neue Studie des Mercator Forum Migration und Demokratie (MIDEM), damit ist kein genereller Paradigmenwechsel in der europäischen Flüchtlings- und Migrationspolitik verbunden. „Die Offenheit gegenüber ukrainischen Geflüchteten ist nicht gleichzusetzen mit einer Offenheit gegenüber allen Geflüchteten“, sagt MIDEM-Direktor Hans Vorländer. Die große Mehrheit der Befragten sei der Meinung, dass Migration das politisch konfliktträchtigste Thema ist – weit vor Wirtschafts- und Klimafragen.

Midem-Jahresstudie: <https://bit.ly/3VZ7e71>

### IOM: 50.000 tote Migrant\_innen seit Beginn der Zählung 2014

Seit 2014 hat die UN-Organisation für Migration (IOM) weltweit auf Migrationsrouten mehr als 50.000 Todesfälle dokumentiert. Im Jahr 2014 begann die Organisation mit der systematischen Erfassung – zuvor gab es nur unvollständige Zählungen zivilgesellschaftlicher Initiativen. Gleichwohl bleibt bis heute

eine hohe Dunkelziffer, weil Fälle beispielsweise in der Sahara kaum erfasst werden können. Mehr als die Hälfte der Menschen kamen auf den Migrationsrouten über das Mittelmeer nach Europa ums Leben, geht aus der IOM-Statistik hervor. Bei mehr als 60 Prozent der 50.000 ist die Identität nie geklärt worden.

<https://bit.ly/3XVEdM2>

### Mehr Wachstum: Uni Mannheim erforscht Folgen der Flüchtlingsaufnahme nach 1945

Die Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt bietet die Chance auf langfristig mehr Wohlstand. Das belegen Forschungsergebnisse der Universität Mannheim. In einer Langfrist-Studie wurde die Migration in der US-Besatzungszone (1945–1949) und deren Auswirkungen auf das Wirtschaftswunder mit den Folgen bis heute untersucht. Das Ergebnis: Betriebe in der amerikanischen Besatzungszone, die zwischen 1945 und 1949 Flüchtlinge integrierte, haben noch heute einen höheren Umsatz im Verhältnis zur Beschäftigtenzahl von zehn bis 15 Prozent im Vergleich zu Unternehmen in Nachbargemeinden, die in der französischen Besatzungszone keine Flüchtlinge aufnehmen durften. Die Löhne sind etwa acht Prozent höher.

<https://bit.ly/3BblRvx>

### Demografie: Bevölkerung schrumpft bei niedriger Migration

Bei einer – eher niedrigen – Nettoeinwanderung von 180.000 Personen pro Jahr würde die Bevölkerungszahl Deutschlands auf 75 Millionen Menschen im Jahr 2070 sinken. Das ergab die 15. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes. Ohne Einwanderung wäre die deutsche Bevölkerung dabei schon seit längerer Zeit geschrumpft. Seit 1972 sterben hierzulande mehr Menschen als geboren werden. Grundlage der Berechnungen sind die Faktoren Geburtenhäufigkeit (derzeit bei 1,58 Kindern je Frau), Lebenserwartung (78,5 Jahre bei Männern, 83 Jahre bei Frauen) und Auswanderungssaldo.

### Brexit: In UK fehlen die Ärzt\_innen

Das Ausscheiden aus der EU macht sich in Großbritannien beim Arztbesuch – oder schon bei der Suche nach einem Arzt oder einer Ärztin – bemerkbar. Laut einer vom Guardian in Auftrag gegebenen und von der Denkfabrik Nuffield Trust erstellten Studie war das britische Gesundheitswesen insbesondere bereits vor dem Brexit auf Ärzt\_innen aus der EU angewiesen. Im Jahr 2021 hätten sich mehr als 4.000 Ärzt\_innen aus der EU oder den EFTA-Ländern Norwegen, Schweiz, Island und Lichtenstein dagegen entschieden, sich in Großbritannien niederzulassen. Zu den rückläufigen Zahlen hätten neben anfänglicher Unsicherheit wegen der neuen Einreise- und Arbeitsregelungen auch strengere Visavorschriften und „sich verschlechternde Arbeitsbedingungen“ im Gesundheitssystem beigetragen.

### Folgen der Corona-Pandemie für Migrant\_innen – neue Bosch-Studie

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie haben Menschen mit Migrations- oder Fluchtgeschichte besonders stark getroffen. Das zeigt eine neue Studie der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg (FAU) und der Robert Bosch Stiftung. So seien Behörden und Ämter für Menschen mit Migrations- oder Fluchtgeschichte kaum noch erreichbar gewesen. Finanzielle Hilfen, die die Existenzsicherung garantieren sollten, wurden nicht oder mit starken Verzögerungen ausgezahlt, beispielsweise weil Unterlagen nicht bei den Jobcentern eingereicht werden konnten oder ein persönliches Vorsprechen beim Standesamt nicht möglich war. Besonders stark benachteiligt seien schutzbedürftige Personen wie Frauen, Kinder und Kranke sowie Bewohner\_innen von Gemeinschaftsunterkünften gewesen. Neben der sozialen Isolation und den erhöhten gesundheitlichen Risiken in den Einrichtungen sei auch die gesellschaftliche Teilhabe der Geflüchteten deutlich eingeschränkt gewesen, beispielsweise bei Impfangeboten oder dem Zugang zum Internet und den dort verfügbaren digitalen Bildungsangeboten. „Die Covid-19-Pandemie hatte gravierende Auswirkungen auf die lokale Integrationsarbeit“, sagt Studienleiterin Petra Bendel.

<https://bit.ly/3VFvL27>

### Mölln: Gedenken 30 Jahre nach rechtem Anschlag

In Mölln ist der Opfer der rechtsextremistischen Brandanschläge vor 30 Jahren gedacht worden. Schleswig-Holsteins Integrationsministerin Aminata Touré (Grüne) sagte: „Wir dürfen in unserem Bemühen für eine diskriminierungsfreie Gesellschaft keine Sekunde nachlassen. Mölln war und ist eine offene Wunde in der Geschichte dieses Landes“, sagte Touré. Die Brandanschläge seien eine Mahnung und zugleich Verpflichtung für alle Menschen in Schleswig-Holstein, sich gegen Rassismus einzusetzen. Auch Kulturstaatsministerin Claudia Roth (Grüne) forderte ein würdiges Erinnern an die Opfer rechtsextremistischen Terrors in ganz Deutschland. An der Veranstaltung nahmen zudem auch Ibrahim und Faruk Arslan teil, die die Anschläge überlebt hatten.

### Kirche begrüßt staatliche Zuschüsse für Seenotrettung

Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) hat die geplante staatliche Unterstützung für das Seenotrettungsbündnis United4Rescue begrüßt. Damit werde ein deutliches Zeichen für die zivile Seenotrettung gesetzt, erklärte die EKD-Ratsvorsitzende Annette Kurschus am Dienstag. Der Haushaltsausschuss des Bundestags hatte im November entschieden, dem von der EKD initiierten Bündnis United4Rescue im kommenden Jahr zwei Millionen Euro zur Verfügung zu stellen. Auch in den Folgejahren soll es diese Summe geben.



# Täter zur Verantwortung ziehen



Foto Felix Weiß: © Sea Watch

## Kommentar von Felix Weiß, Sea Watch e.V.

Seit Ende Oktober ist die italienische Rechtspopulistin Giorgia Meloni, Chefin der postfaschistischen Partei „Fratelli d'Italia“ (Brüder Italiens), nun Ministerpräsidentin von Italien. Gemeinsam mit der Forza Italia um Ex-Premier Silvio Berlusconi und der Lega um Ex-Innenminister Matteo Salvini regiert nun also ein faschistisches Bündnis aus Mussolini-Nostalgiker\_innen und Politiker\_innen, die sich dem Kampf gegen Migration verschrieben haben. Ein Paukenschlag für die zivile Seenotrettung und eine neue Eskalationsstufe in einer nicht enden wollenen Debatte, die uns an keine andere erinnert, als die des ehemaligen Innenministers Matteo Salvini im Jahr 2019.

Schon im Wahlkampf hatte Giorgia Meloni sich immer wieder für eine „Seeblockade“ ausgesprochen, um die Fluchtroute von Nordafrika nach Italien komplett zu schließen.

Doch rechtlich gesehen ist diese Drohung kaum umsetzbar, da auch Italien sich an international geltende Normen wie das Seevölkerrecht halten muss. Außerdem hängt Ex-Innenminister Matteo Salvini juristisch nach, dass er in seiner Amtszeit Schiffen mit Geretteten die Einfahrt in Italiens Häfen verboten hat. Bis heute steht er wegen Freiheitsberaubung und Amtsmissbrauchs vor Gericht und konnte deshalb nicht Innenminister werden. All das bildet keine gute Ausgangslage, um das Vorhaben einer „Seeblockade“ in die Tat umzusetzen.

Dennoch zeigt der Tonfall klar, in welche Richtung Migrations- und Asylpolitik Italiens gehen wird. Die neue Regierung hat allen zivilen Seenotretter\_innen rhetorisch den Kampf angesagt. Die zivilen Organi-

sationen müssen sich dem vereint stellen und neben ihrem eigentlichen Job – also dem Retten von Menschenleben – standhalten.

Nichts anderes war zu erwarten, als dass die faschistische Regierung Menschen auf der Flucht als politische Geiseln missbrauchen wird und die Lage auf überfüllten Rettungsschiffen vor der italienischen Küste eskalieren lässt. So erreichte der erste Schlagabtausch zwischen zivilen Seenotretter\_innen und der italienischen Regierung Anfang November internationale Aufmerksamkeit, als 1.078 Menschen, verteilt auf vier Seenotrettungsschiffe, über Wochen keinen sicheren Hafen zugewiesen bekamen. Endlich im Hafen eingelaufen, durfte nur eine Auswahl von Menschen an Land. Grundlage dafür bildete ein rechtswidriges Dekret der neuen Regierung. Alle Geretteten, die für „gesund“ erklärt worden waren, mussten an Bord bleiben. Das war inakzeptabel und menschenverachtend. Tage später mussten die italienischen Behörden nachgeben und alle geretteten Personen konnten die Schiffe verlassen.

Das erste Kräftemessen hat Italien also verloren, da es ihnen nicht gelungen ist, ihre Linie durchsetzen zu können und Menschen zurückzudrängen. Was bleibt, ist jedoch ein bitterer Nachgeschmack für uns alle und ein ungewisser Vorgeschmack auf das, was noch folgen wird. So muss stets aufmerksam beobachtet werden, was in den kommenden Wochen mit denjenigen Geretteten passieren wird, die an Deck von zivilen Seenotrettungsschiffen auf die Anlandungen in einem Hafen warten. Klar ist dabei auch, dass Italien nicht alleine daran beteiligt ist, diese menschenfeindliche Agenda durchzusetzen.

Nicht zuletzt aus diesen Gründen haben wir als Sea Watch gemeinsam mit dem European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR) eine

Strafanzeige beim internationalen Gerichtshof eingereicht. Die Angeklagten: hochrangige Beamten der EU-Mitgliedstaaten und EU-Behörden. Der Vorwurf: schwerwiegende Beraubung der körperlichen Freiheit von Flüchtenden als Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Grundlage sind zwölf beispielhafte Fälle, deren Material aus öffentlich zugänglichen Daten und dokumentierten Vorfällen von unterschiedlichen Organisationen zusammengetragen wurden: Dem Watch the Med Alarm Phone, Open Arms, Border Forensics, Frag den Staat, Human Rights Watch und von uns selbst, Sea-Watch. Diese Fälle zeigen ein klares und detailliertes Bild der Zusammenarbeit zwischen den Organen, Agenturen, Einrichtungen und Operationen der Europäischen Union und den Mitgliedstaaten, einschließlich Italien und Malta, mit libyschen Akteur\_innen, sowohl auf politischer als auch auf operativer Ebene.

Diese Verbrechen geschehen nicht anonym – sie werden an Schreibtischen von Menschen in Behörden der Europäischen Union geplant. Menschen mit Namen und Titeln, Zuständigkeiten und Befugnissen. So fordern wir Den Haag auf, die Beteiligung hochrangiger Beamten der EU-Mitgliedstaaten und EU-Behörden an den Verbrechen zu untersuchen. Ihre Taten müssen strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden.

## IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Bildungswerk e.V.  
Vorsitzende: Elke Hannack  
Geschäftsführerin: Claudia Meyer

Verantwortlich für den Inhalt: Michaela Dälken  
Koordination: Michaela Dälken  
Redaktion: Christian Jakob, Berlin  
Layout/Satz: ideaal, Essen  
Erscheinungsweise: Monatlich

DGB Bildungswerk e.V.  
Bereich Migration & Gleichberechtigung  
Franz-Rennefeld-Weg 5  
40472 Düsseldorf  
Telefon 02 11/43 01-1 99  
Telefax 02 11/43 01-1 34  
migration@dgb-bildungswerk.de  
www.migration-online.de

